

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbefreiungsbefreiung. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Juli 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 74.

## Maschinenseherarbeitsmarkt.

Wer in den verschiedenen Fachblättern aufmerksam den Maschinenseherarbeitsmarkt verfolgt, dem wird nicht entgangen sein, daß da seitens der Prinzipale manchmal Unmögliches verlangt wird, daß leider aber auch in den Stellengesuchen Besprechungen gegeben werden, die nur Knechtseelen machen können. In den Stellenangeboten finden wir immer und immer wieder die Bedingung: mindestens zwei-, drei-, vier-, ja sogar fünfjährige Praxis. Hiergegen läßt sich weniger sagen, wenn auch die Herren Prinzipale die Frage etwas mehr erwägen sollten, woher denn eigentlich die Maschinenseher mit langjähriger Praxis alle kommen sollen, wenn die Herren Prinzipale nur widerwillig „Neulinge“ engagieren. Anders aber verhält es sich mit den Forderungen, die weit über die tariflich festgelegten Durchschnittsleistungen hinausgehen. Vor wenigen Monaten wurde z. B. nach einer norddeutschen Stadt ein Linotypsetzer mit einer Durchschnittsleistung von 9000 Buchstaben gesucht, ebenso lehrte die Forderung von 7000 und 8000 Buchstaben in der Durchschnittsleistung für Linotypsetzer immer wieder. Bei den andern Systemen ist nicht viel besser. Also Forderungen bis zu 50 Proz. über das tariflich als Durchschnittsleistung Anerkannte.

Von den Stellengesuchen drei Beispiele, die Schreiber dieser Zeilen, wie wohl auch vielen andern Kollegen, besonders anwidern: „... zu mehrjährigem Kontrakt gern bereit...“ „... sucht als Volontär ohne jede Entschädigung...“ „Linotypsetzer, Ia. Maschinenseher, 4000 Buchstaben Durchschnittsleistung...“ „Selben! Aber es gibt auch Maschinenseher, die zwar einwandfrei inserieren, aber nicht in der Lage sind, das Versprochen zu leisten. Diese verlassen sich eben aufs Glück. Prinzipale, die unmögliche Forderungen an ihre Maschinenseher stellen, haben kein Recht zur Beschwerde, wenn die verlangten „Mindestleistungen“ ausbleiben. Man soll aber auch von einem Maschinenseher nichts Unmenschliches verlangen.

Sehr zu verurteilen ist es aber, wenn Prinzipalen gegenüber, die einsichtig genug sind, ihre Forderungen nicht über die tariflich festgelegten Durchschnittsleistungen zu schrauben, mit unwahren Angaben operiert wird. „Infolge gemachter üblicher Erfahrungen zahlen wir bei Neueingangsmitgliedern nur noch das Minimum, sind jedoch gern bereit, Ihnen den geforderten Lohn von der ersten Woche ab zu zahlen, wenn wir uns von Ihrem Können überzeugt haben.“ Diesen Satz enthält ein Antwortschreiben einer rheinischen Firma. Kann man's der Firma verargen? „Ich würde für einen tüchtigen Maschinenseher gerne 40 Mk. und mehr geben, aber ich habe jetzt mehrmals Bedenken“, äußerte sich ein Prinzipal eines westfälischen Städtchens. So und ähnlich sehen die Folgen dieser unehrlichen Handlungswelt einiger auch Maschinenseher aus.

Hier muß eine Änderung eintreten. Diese wäre wohl am besten dadurch herbeizuführen, wenn in den Maschinenseherkollegen nur solche Kollegen angetreten würden, die den Engagementsausweis für eine Maschinenseherposition vorlegen können. Auch müßten die angeleiteten Maschinenseher sich einer Prüfung unterziehen. Aber durch diese Bedingungen wäre den Handwerkerkollegen die Möglichkeit genommen, „ihre Glück als Maschinenseher“ zu versuchen. Deswegen müssen sich die Maschinenseher zur Aufgabe machen, überall, wo sie hören, daß ein Handwerkerkollege auf eignes Risiko sich zum Maschinenseher ausbilden lassen will, ihn über den wirklichen Sachverhalt aufzuklären. Meist haben diese Kollegen mit Mühe und Not die paar Emmchen zusammengespart, dann gehts voll froher Hoffnung in die Schule. Bald aber müssen sie wahrnehmen, daß sie sich die Sache doch ein bißchen leichter vorgestellt hatten; nur zu schnell läßt die wenigen Wochen herum. Auf Stellengesuche gibt's keine Offerten! Nach mehrwöchentlicher Konditionslosigkeit haben sie das Erlernte zum größten Teil wieder vergessen. Das Geld ist verbraucht, und nun wären die Kollegen froh, wenn sie wieder eine Stelle als Handwerker hätten! Ein anderer Teil dieser „Ausgelernten“ legt sich aufs Versprechen, gibt eine Zeitlang „Gastrollen“, bis er schließlich zu der Einsicht gekommen ist, daß es das beste ist, wieder als Handwerker zu „mimen“. Nur in Ausnahmefällen gelingt es dem einen oder andern, seine Bemühungen von Erfolg gekrönt zu sehen. Auch die Verbandsfunktionäre sollten es als ihre Pflicht erachten, diese Kollegen auf ihr ausichtsloses Beginnen aufmerksam zu machen. Auch die

Maschinenseherkollegen mit längerer Praxis können viel zur Beseitigung der Mißstände auf dem Maschinenseherarbeitsmarkt beitragen, wenn sie ihre Erfahrungen den jüngeren Kollegen nicht ängstlich verheimlichen und bei eingetretenen Störungen diese Kollegen beiseite schieben und „alles selbst machen“, sondern die Störungen gerade von den jüngeren Kollegen beseitigen lassen und diese aufklären, wie die betreffende Störung am praktischsten behoben wird.

## Drucksacheneingänge.

Die Buchdruckerlehre in Leipzig ist eine alte Einrichtung des Vereins Leipziger Buchdruckerbesitzer und besteht jetzt in der Hauptsache aus einer Lehrwerkstätte für Satz und Druck. Diese Lehrlingschule entstand aus der Erkenntnis, daß in der Zeit der heutigen Arbeitsweise der Buchdruckerlehre der gewerbliche Nachwuchs unmöglich die Ausbildung erhalten kann, um den stetig wachsenden Anforderungen des Gewerbes gerecht zu werden. Nicht an allen Orten hat man bisher zu dem Mittel der Fachschulwerkstätte gegriffen und doch zeigen gerade die Resultate dieser Schulen, welchen eminent großen Wert diese Einrichtungen für die weitere Entwicklung des Gewerbes namentlich in ästhetischer und nicht zu sagen künstlerischer Hinsicht haben können. Eine Mappe mit Schülerarbeiten aus dem Schuljahre 1910/1911 zeigt, in welcher vortrefflichen Weise gearbeitet worden ist, um derartige hohe Erfolge zu erzielen. Das gilt in gleicher Weise von den Satz- wie den Druckarbeiten, und man muß rüchlos den beiden Lehrern, den Herren Weitz (Satz) und Kupfer (Druck), die Anerkennung aussprechen, daß diese Vorkursarbeiten die besten künstlerischen Qualifikationen voraussetzen. Die Mappe, deren Inhalt auf rötlich-bräunem, japanähnlichem Umschlagkarton vortrefflich angeordnet ist, enthält 61 Satz- und Druckarbeiten. Zu manieren wäre vielleicht, daß bei dem Eingangswort an Stelle der Eingänge und um ein Jahr hervorzuhoben, die Versalien in blauer Farbe gedruckt wurden. Das wirkt in dem schwarz gehaltenen, einzig mit roter Zeile gehobenen, sonst sehr gut gesetzten Vorworte wie eine Spielerei.

Die Typographische Vereinigung Leipzig brachte mit ihrem Jahresberichte, der wiederum das Resultat eines Preisauswärtens war, eine namentlich in Papier und Farbe sehr gute Arbeit. Jedoch fordert der Satz und die Einheitslichkeit in der Schriftanwendung zu erreichen, sollte man nicht von berufenen Stellen aus das Gegenteil tun. Wohl haben mehrfach Künstler und auch die Leipziger Akademie den Weg der „Stilmischung“ beschritten, doch haben sie mehr oder weniger den gehörigen Widerspruch der Fachmänner gefunden. Neudeutsch und Behrens-Antiqua sind in Zeichnung und Charakter durchaus verschiedenartig, und mag auch diese Mischung „künstlerisch“ sein, müssen wir Buchdrucker doch dagegen protestieren. Wenn man sich auch auf frühere Beispiele der alten Buchdruckmeister berufen kann, so gibt dies Vorgehen doch nur zur Verwirrung Anlaß. Es kann mehr schaden als nützen, denn was in diesem Falle noch mit Überlegung und Delikatesse ausgeführt, kann auf der andern Seite zu den tollsten Hochsprüngen, ja zu der alten Methode des bunten Durcheinander führen. Viel eher kann man sich noch mit den gezeichneten Initialen und dem Signet einverstanden erklären, obgleich auch diese dem Sinne der Grundstrich entsprechen müßten. Von diesen Einwendungen abgesehen, ist der Jahresbericht von vornehmster Wirkung.

Zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins erschien ein in Querformat (18x23 $\frac{1}{2}$ ) gehaltenes achtseitiges Programm auf chamois Mattkustendruck in einer Hülle aus Florpapp. Die beiden Außenseiten zeigen ganzseitige Ansichten von Hamburg, welche nach Radierungen reproduziert wurden. Leider führt in den Lichtern und Halbtönen der etwas sehr grobe Kaster die sonst vortreffliche Wirkung. Der vorzüglich angeordnete Satz in Behrens-Antiqua wurde dunkelbraun und rot gedruckt. Eine Druckarbeit, die ohne besondere Kniffeleien von intimstem Eindruck ist.

Gelegentlich unserer Generalversammlung in Hannover gab es eine Anzahl Drucksachen, unter denen das Festbuch an erster Stelle steht. In grauem, modernen, hübschen Umschlag mit übergreifender Klappe, auf der etwas flüchtig der Titel angeordnet ist, befindet sich auf geripptem Werkdruck die gesamte Tagungs- und

Festordnung. Der Satz wurde in Kochschrift und Linien schwarz und rot gedruckt, vorzüglich geschmückt mit Strichhungen, die nach sehr guten Federzeichnungen (Wilder aus Mithannover) hergestellt wurden. Im großen und ganzen ist dies Hauptprogramm eine geschlossene Leistung. Die Wirkung wäre noch erhöht, wenn etwas weniger mit Linien auf die Kochschrift eingewirkt wäre. Auch konnte das Sperren des Wortes Festbuch auf dem Titel ohne Schaden unterbleiben. — Weniger gut, weil zu überladen mit Schmuck, ist das Festbuch für die Sparten. Schon auf dem chamois Umschlag muß die Schrift auf ihre Wirkung, etwas zu sagen, verzichten. Der mächtige Adler auf goldenem Grund erdrückt den Schriftsatz und steht prahlisch da, ein Drittel des ganzen Raumes einnehmend. Inneren wäre es vorteilhaft gewesen, wenn wie bei dem Hauptfestbuch gleichfalls nur eine rote Linie verwendet worden wäre, so aber wirkt der kräftige Rand zu aufdringlich. Obendrein hätte das die beängstigende Raumknappheit der letzten Seiten gehoben. Warum denn nur jede Zeile zwischen Linien? Diese Schrift kann doch bei ihrem Schwunge der Zeichnung und Kraft des Ausdrucks sehr gut allein stehen. Jedoch ist die Anordnung der Seiten wie überhaupt des Textes auch hier tadellos. — Ein einfaches, sehr geschmackvolles Einladungsaktuell an die Generalversammlungsbeteiligten veränderte der Bezirksverein Braunschweig. Ebenfalls Kochschrift und -schmuck in Schwarz und Hellblau. Zu erinnern wäre hier nur, daß der Satz mitten durch den über die zwei kleineren Oktavseiten weggehenden Schriftsatz geht, das sollte vermieden werden.

Aus Anlaß eines Familienabends gelegentlich des Auftags von Schloßen wurde ein Programm herausgegeben, das auf chamois Mattkustendruck in gleichfarbigem, modernen, geräumtem Umschlagkarton gedruckt wurde. Niemann-Schrift und -schmuck, schwarz und rot. Eine geschmackvolle, zeitgemäße Druckarbeit, bei der der Satz eine liebevolle Behandlung erfahren. Auf der vierten Seite hätte ohne Nachteil die Zeile Programm in einer Linie mit dem Satzspiegel des Textes der fünften Spalte stehen können, auch der Papierrand am Längsschnitt und unter den Seiten hätte etwas reichlicher sein müssen. Jedoch ist das unerheblich auf den Gesamteindruck, der ein ganz vorzügliches genannt werden muß.

In Münster i. W. fanden sich drei Buchdruckervereine zu Pfingsten zusammen. Das bei dieser Gelegenheit herausgegebene Programm wurde auf glänzendem Kunstdruck (in modernen, rotem Umschlagkarton) gedruckt. Der Satz wurde mit den geringen Mitteln einwandfrei hergestellt, nur hätte der Titel wirkungsvoller gesetzt werden können. Umföhn ist das in zwei Worten gefasste „Fest-Buch“, das, obendrein gesperrt, zur Klarheit wurde. Häßlich stören auch die Inzeratenseiten, wenn sie gleich vorn das Programm auseinanderreißen. Der Umschlagtitel ist nicht ohne Wirkung, wenngleich diese gewaltsam durch Unterlegen des hellen Tones auf den dunkleren Karton herbeigeführt wurde.

Ein einfaches, aber sehr geschmackvolles Programm gab der Frühmorgensangereit, „Typographia“ München zu seinem Frühjahrskonzerte heraus. In hellgrauem, leicht geräumtem Umschlag ein gerippter Büttendruck, auf diesem aus der Kochschrift in dunkelgrauem Druck der Text. Der Satz in einfacher Anordnung kommt vortrefflich zur Wirkung und namentlich ist der Umschlagtitel sehr geschmackvoll gesetzt. Das gleiche ist von der Einladkarte zu sagen, die auf gelblich-weißen Karton in Grau und Rot vorzüglich steht. Vorteilhaft wäre vielleicht gewesen, die roten Linien vorweg zu drucken, damit diese nicht das Schriftbild stören, wie es jetzt der Fall ist.

Eine Festschrift des Ortsvereins Wachen des Deutschen Faktorenbundes gelegentlich des zehnjährigen Bestehens wurde aus der neuen Erbar'schen Federgröste gefasst. Das Papier Mattkustendruck in schwerem, hübschen Umschlag. Der äußere Titel ist trotz der fünf Farben (Gold für zwei gerechnet) ohne besondere Wirkung. Der Innentitel ist dagegen bedeutend wirkungsvoller, wenn gleich die Worträume ungeheuer verschieden sind. Überhaupt ist die Schrift im ganzen Buche zu sehr auseinandergerückt, namentlich bei den Textseiten. Auf der Rückseite des Umschlages ist gezeigt, wie prachtvoll die Schrift in geschlossener Form wirkt, so sollte die ganze Festschrift gehalten sein. Im großen und ganzen ist die Arbeit aber vortrefflich, namentlich sind die Inzerate sehr nett gesetzt. Der Druck ist ebenfalls ausgezeichnet und so können kleine Einzelheiten den guten Gesamteindruck der Festschrift nicht erheblich stören. ...

Kor.

# Aus dem Genossenschaftsleben.

## Die Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion in Deutschland.

Die recht betriebliche Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat jüngst von dem „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ eine Spezialnummer für Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion erscheinen lassen, welche in zusammenhängender und anschaulicher Weise die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Warenherstellung durch die Konsumvereine und ihre Großeinkaufsgesellschaft (GG) schildert. Man erfährt daraus aber auch, wie ungeheuer groß das Feld noch ist, das der genossenschaftlichen Bearbeitung in den beiden mächtigsten Zweigen des Wirtschaftslebens, der Warenherstellung und der Warenverteilung, harret. Bei einem Jahresumsatz von etwa 300 Mill. Mark, den die Konsumvereine des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 nachweisen können, beträgt der Wert der in den eigenen Betrieben hergestellten Waren ungefähr 63 Millionen Mark. Daß diese Summen nahezu verzehnfacht werden können, wenn die Konsumvereine bzw. deren Mitglieder grundsätzlich nur in ihren eigenen Geschäften einkaufen und, wenn sie grundsätzlich und planmäßig die genossenschaftliche Eigenproduktion fördern und lieber hier und da auf ein Prozent Dividende verzichten würden, darüber bezeugt uns die Tatsache, daß die großbritannischen Konsumvereine und ihre Großeinkaufsgesellschaft bei einem Jahresumsatz von etwa 2600 Mill. Mark einen Jahresproduktionswert von 410 Millionen durch ihre eigenen Betriebe schaffen.

Die Entwicklung der Eigenproduktion in den einzelnen Vereinen muß grundsätzlich erfolgen. Naturgemäß hat sie sich in der Hauptsache auf die augenblicklich konsumbedürftigen Artikel (Waren, Fleisch, Limonaden usw.) zu beschränken, während die Produktion von Massenartikeln aus volkswirtschaftlichen und technischen Gründen Sorge der Großeinkaufsgesellschaft als dem wirtschaftlichen Konzentrationsfaktor des deutschen Konsumvereinswesens sein und bleiben muß. Diese kurzen Andeutungen genügen, um früher angegebene Perspektiven über die Bedeutung der organisierten Kaufkraft der Bevölkerung und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dabei handelt es sich keineswegs um utopischen Idealismus, sondern um einen durch Einzelaktionen bereits praktisch erwiesenen Realismus des Wirtschaftslebens.

In höherem Maß als der einzelne Konsumverein beweist das der „Konsumverein der Konsumvereine“, wie die GG häufig und mit Recht genannt wird, obwohl auch sie noch vollkommen in den Anfangsstadien der Entwicklung sich befindet. Das zeigt ganz deutlich der Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Jahr 1910, der bei einem Gesamtumsatz von 88969649 Mk. einen Eigenproduktionswert von 2845223 Mk. enthält, der für Tabak- und Seifenfabrikate erzielt wurde, die in den eigenen Fabriken der Gesellschaft hergestellt worden sind. Allerdings ist bei dieser an sich geringfügigen Summe zunächst zu berücksichtigen, daß die drei Tabakfabriken der GG (in Hamburg, Frankenberg i. S. und Godenheim i. B.) von dieser am 1. Januar 1910 in Betrieb übernommen wurden, und daß das Jahr 1910 infolge der durch die Reichsfinanzreform verschlechterten Produktionsbedingungen das allerungünstigste für eine solche Betriebsübernahme war. Der Produktionswert betrug 877000 Mk. Sodann eröffnete die Seifenfabrik in Gröbda-Niesä i. S. ihren Betrieb erst im Juni v. J. und hat im ersten Halbjahr ihres Bestehens einen Produktionswert von 1368000 Mk. erreicht.

Das sind, wenn auch schon Zahlen, immerhin erst Anfänge! Denn wenn auch diese Summen gesteigert werden können, so handelt es sich doch auch darum: das Gebiet für die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion zu erweitern. Diese Möglichkeit zu schaffen, ist ein einfaches Gebot der Volkswirtschaft und ein solches der Sozialreform im weitesten Sinne des Wortes. In diesen beiden Faktoren liegt der Kulturwert der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion enthalten. Und darum gilt es, diese mit grundsätzlicher Energie zu fördern und insbesondere, weil diese Förderung zwar dem ganzen Volke zugute kommt, in erster Linie aber den Millionen von Arbeiterfamilien.

Eine sehr zutreffende Skizzierung des volkswirtschaftlichen Prozesses in der genannten Spezialnummer zeigt, wie in der heutigen Volkswirtschaft das Gebot der Arbeitsteilung herrscht, das bewirkt, daß der Weg, den das jegliche Produkt zurückzulegen hat, ehe es aus der ersten Produktionsstätte in die Hände des Verbrauchers gelangt, immer länger wird. Technisch ist das von ungeheuren Vorteilen, die Erzielbarkeit der Produktion wird durch die eingeschlagenen Linienwege erheblich gefördert. Was aber technisch begründbar ist, hat, wenn man es auf seinen sozialen Gehalt hin prüft, Nachteile im Gefolge, die es auszumergen gilt. Einer dieser sozialen Nachteile ist dieser: Der lange Weg, den das Produkt zurücklegt, von dem eben die Rede war, führt zur Verschwendung. Es werden nicht mehr nur genutzte Waren in einem Betriebe hergestellt, sondern Zwischenfabrikate; hier ein Teil des Produkts, dort wieder ein anderer Teil, in einem dritten Betriebe werden dann alle Teile zusammengefügt zum Ganzen. Dann wird die Ware am Ende in einem vierten Betriebe erst veredelt, verpackt, verpackt und ist schließlich zum Verkauf bereit. Man kann, wenn man ein Bild gebrauchen will, sagen: der Produktionsprozeß ist poröser geworden. Das hat den großen sozialen

Nachteil, daß sich in jede dieser Poren eine Händlergeistigkeit einnisteln konnte. Für allerhand Makler, Vermittler, Agenten und Händler ist bei der heutigen Form der Produktion ein reiches Feld der Betätigung offen. Ihre „Vermittlungstätigkeit“ muß der Konsument bezahlen, und sie ist so teuer, daß die verbilligende Wirkung der Produktion auf großer Stufenleiter für den Konsumenten oft völlig durch sie aufgehoben wird.

Die logische Fortentwicklung des Gedankens der genossenschaftlichen Warenvermittlung verlangt nun, daß das gleiche Prinzip, das zur Schaffung der Großeinkaufsgesellschaft geführt hat, auch auf die Produktion angewandt wird. Auch hier muß das höchstmögliche Maß von Arbeitersparnis vorgenommen werden, auch hier sind überflüssige Zwischenglieder auszuscheiden, auch hier ist der Großbetrieb anzuwenden, wann und wo es irgendwie geht. Auf die technischen Vorteile der Arbeitsteilung kann natürlich kein vernünftiger Mensch verzichten wollen. Aber die sind ebenfugot in einem Betriebe, sofern es ein Großbetrieb ist, nutzbar zu machen wie in mehreren Betrieben. An Vermittlern, Maklern, Zwischenhändlern usw. läßt sich aber auch in der eigentlichen Spätere der Produktion manches ersparen, und: Der Unternehmerrfolg kommt bei genossenschaftlicher Produktion ohnehin in Fortfall.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Problems braucht keine detaillierte Beweisführung. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß durch die Errichtung der Seifenfabrik in Gröbda-Niesä eine Kartellierung oder Verstrickung der Seifenindustrie zum Zweck einer Preisdiktatur über die Verbraucher für alle Zeiten ausgeschlossen ist. Was aber diese Entwicklung im weiteren für eine positive Sozialreform bedeutet, zeigen uns wenige Ziffern über die Jahresdurchschnittsverdienste von Vollarbeitern der Tabakindustrie im Jahre 1910 in folgender Darstellung:

Tabakvertriebsgenossenschaft:	
Bezirk IV, Nordwestdeutschland	734 Mk.
„ II, Sachsen	660 „
„ V, Süddeutschland	576 „
Deutsches Reich	616 Mk.

  

Fabriken der GG:	
Hamburg	1264,54 Mk.
Frankenberg	850,23 „
Godenheim	923,31 „
Fabriken der GG	993,41 Mk.

Zu bemerken ist hierzu, daß zu dem Bezirke Nordwestdeutschland außer Hamburg, Lübeck und Bremen auch Westfalen, Hannover, Braunschweig, beide Lippe, Waldeck, Oldenburg und Schleswig-Holstein gehören. Eine Spezialfeststellung für die einzelnen Provinzen und Staaten wurde vom Deutschen Tabakverein am 1. August 1908 veröffentlicht; danach betrug: der Durchschnittsverdienst der Vollarbeiter in Hamburg 978,25 Mk. Im April und Mai des Jahres 1910 wurden mit dem Deutschen Tabakarbeiterverbande sowie mit dem Verbands der Zigarettenfertiger und Kistenbinder, Deutschlands Tarife für sämtliche in den drei Fabriken beschäftigte Arbeiter vereinbart. Die Dauer der Verträge ist auf drei Jahre festgesetzt. Außer den in den Tarifen vorgezeichneten Lohn-erhöhungen wurden allen Arbeitern, die länger als zwei Jahre in den Fabriken beschäftigt sind, Sommerferien bei Fortzahlung ihres im Vorjahre durchschnittlich verdienten Wochenlohns auf die Dauer von einer Woche gewährt. Weiter wurde seitens der Gesamterwaltung der Großeinkaufsgesellschaft beschlossen, vom 1. Januar 1911 ab außer den bislang schon für die Arbeiter bezahlten Invalidenversicherungsbeiträgen auch ihre Beiträge für die Ortskrankenkasse voll zu bezahlen. Die dem Geschäft hieraus erwachsende Mehrausgabe für 1911 beträgt über 15000 Mk. Die Zahl der Arbeiter in den Tabakfabriken der GG betrug am 31. Dezember 1910: 527. In gleich vorbildlicher Weise sind die Arbeitsverhältnisse in der Seifenfabrik Gröbda-Niesä geregelt.

Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion entwickelt somit den stärksten Antriebsfaktor zur positiven Sozialreform, denn bei der Eroberung größerer Gebiete für jene Produktion gemeinschaftlicher Art sind die reflektierenden Wirkungen auf die kapitalistische Betriebsweise unausbleiblich, wobei die taktische Ausnutzung der gegebenen Beispiele der Genosschaften vorbehalten bleibt. Positive Sozialreform kann man nämlich nicht die nennen, die — bei all ihrer hygienischen, humanitären, wirtschaftlichen Wirkung — eben immer nur eine Sozialreform für die Kranken, Invaliden und Hinterbliebenen der in volkswirtschaftlichen Prozeß in irgendeiner Weise als „unselbständige“ tätigen Personen ist. Sie ist negativ, indem sie nur zur Reparatur oder zum Ausgleichen der millionenfachen Körperlichen und Geistlichen Schäden dient, welche durch den Wirtschaftsprozeß hervorgerufen werden. Positive Sozialreform ist die auf den Hauptgebieten der Volkswirtschaft, der Warenproduktion und der Warenverteilung angewandte genossenschaftliche Wirtschaftsreform mit ihren gesunden Ausstrahlungen auf das gesamte Gebiet der Wohn- und Arbeitsverhältnisse des gesunden Arbeiters oder Angestellten.

Aus diesen volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten lassen sich mit gutem Rechte die in der Spezialnummer für Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion aufgestellten Thesen formulieren:

I. Produktion durch die Großeinkaufsgesellschaft ist von der größten Leistungsfähigkeit, weil sie im Großbetrieb erfolgt unter Benützung aller Errungenschaften der Technik;

sie gibt den Konsumenten die Möglichkeit, Tribute an die Unternehmer und an überflüssige Zwischenglieder zu vermeiden;

sie garantiert den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, dient als gewerkschaftlicher Stützpunkt und wirkt durch ihr Beispiel für die Forderungen der Gewerkschaften;

sie ist ein Kampfmittel gegen Trusts, Kartelle und andre monopolistische Bestrebungen kapitalistischer Unternehmer;

sie stärkt infolge dessen die Position der Konsumenten, und ihr tiefer Ausbau ist eine folgerichtige Konsequenz der Konsumgenossenschaftlichen Idee.

II. Jeder Konsument soll daher seine Genossenschaft zum Bezuge von Waren benutzen, wenn er seine Pflicht als Konsumvereinsmitglied erfüllen will. Das ist das erste. Wenn er aber die Wahl zwischen verschiedenen Waren hat, dann sind es die Produkte der Eigenproduktion, denen er den Vorzug geben sollte.

III. Alle Erzeugnisse, die von der Großeinkaufsgesellschaft selbst hergestellt oder in eigenen Betrieben vertrieben werden, tragen das Warenzeichen GEG. Wer nur sie fordert, erhält nicht nur einwandfreie Waren, er fördert auch ein genossenschaftliches Prinzip von großer Tragweite.

Genossenschaftliche Volkswirtschaft und positive Sozialreform sind die kurzen Nenner dieser Thesen, welche hoffentlich mit unsern Kollegen weitgehendstes Verständnis finden werden.

## Korrespondenzen.

**Wischerleben.** (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung am 8. April hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Auch waren einige Kollegen von Hettstedt erschienen, hauptsächlich wohl aus dem Grund, um den Bericht vom Gantage zu hören, welcher vom Kollegen Jäsche in eingehender Weise gegeben wurde und eine anregende Diskussion zeitigte. Ferner konnten sechs Neuaufnahmen vollzogen werden. Für die hierorts streikenden Bergarbeiter sowie für die Kollegen in Finnland wurden Unterstüßungen im Betrage von je 50 Mk. bewilligt. Beschlossen wurde sodann noch, das Jubiläum in diesem Jahr im engeren Rahmen als bisher am 15. Juli in Gestalt eines Saalfestes zu feiern. — Die Versammlung am 6. Mai war schlecht besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Hauptverwalters Beyer, dessen Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Herrn Großmann von hier über die am hiesigen Orte gegründete Baugenossenschaft, die sich bereits einer regen Beteiligung seitens der Arbeitergesellschaft zu erfreuen hat und auch von den städtischen Behörden unterstützt wird. Im Kartellberichte wurde eines Urtrags Erwähnung getan, welcher von einer andern Gewerkschaft dem Kartell unterbreitet worden war und die Forderung enthielt, daß das Gewerkschaftskartell durch Beschäftigung einer Verlegung unseres Vereinslokals, herbeizuführen möge. (Das strafte den Aktiva entschieden ab.) In der Diskussion hierüber wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß das Kartell nicht berechtigt sei, unsere Ortsvereine in dieser Beziehung Direktiven zu erteilen und daß wir es ablehnen müssen, innerhalb eines Jahres zur Lokalfrage, die stets in der Generalversammlung ausgiebig erörtert wird, Stellung zu nehmen. — Einen zufriedenstellenden, wenn auch nicht vollzähligen Besuch wies die Versammlung am 17. Juni auf, indem insgesamt 82 Kollegen vertreten waren. Wiederum konnten wir einige Kollegen von Hettstedt und Staffort als Gäste begrüßen. Diese Kollegen, die selbst einen Weg von drei Stunden nicht scheuen, wenn es gilt, einer Versammlung beizuwohnen, verdienen als leuchtendes Beispiel hingestellt zu werden für diejenigen Kollegen von Wischerleben, die sich als notorische Versammlungsschwänger einen gewissen Ruf erworben haben. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erstattete uns unser Gauvorsteher König Bericht über die Generalversammlung in Hannover. In nahezu dreistündigen Ausführungen gab uns der Referent ein getreues Stimmungsbild von den dort gepflogenen Verhandlungen, dabei die Einmütigkeit hervorhebend, welche die letzte Generalversammlung in ihrer ganzen Ausdehnung begleitet hat. Der dem Referenten am Schluß gezeigte reiche Beifall sowie die sich hieran anschließende Diskussion dokumentierten, daß die hiesigen Kollegen mit den in Hannover gefassten Beschlüssen einverstanden sind und daß sie in die Vertreter der Genossenschaft das Vertrauen setzen, daß durch sie bei der kommenden Tarifrevision die Interessen der Gehilfen wirksam vertreten sein werden. Der vorgerückten Zeit halber mußten einige interne Angelegenheiten bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

**K. L. Wernem.** (Vierteljahrsbericht.) Der Versammlungsbesuch im abgelaufenen Vierteljahre war im allgemeinen ein befriedigender. Die am 20. Mai stattgehabte, von 86 Mitgliedern besuchte Versammlung brachte neben einigen internen Angelegenheiten, die schnell erledigt wurden, einen Vortrag des Herrn Berle (Wernem) über: „Das Konsumgenossenschaftswesen und seine wirtschaftliche Bedeutung“, der beifällige Aufnahme fand. Sodann erstattete Kollege Wöb den Kassenbericht für das erste Quartal 1911. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer für seine gute Kassenführung Entlastung erteilt. Ausgenommen in den Verband wurden in dieser Versammlung fünf Kollegen. — Die Juniversammlung,



von 80 Mitgliedern besucht, beschäftigte sich hauptsächlich mit Fragen lokaler Natur. Mit dem Ausdruck des Bedauerns gab Vorsitzender bekannt, daß bei der Firma D. W. Wiemann elf Kollegen gekündigt worden seien wegen Unflüchtigkeit des „Allgemeinen Ungeigers“ (amtliches Blatt) von Seiten der Firma. Hoffentlich werden die Kollegen bald wieder unterzubringen sein. Wiederum wurden in dieser Versammlung dem Gauvorstande drei Kollegen zur Aufnahme empfohlen.

**Wiesfeld.** (Maschinenfegerbezirksverein, Gau Hannover.) Interessant verlief die am 25. Juni stattgehabte Quartalsversammlung. Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß leider erst 50 Proz. der im Bezirke beschäftigten Maschinenfeger dem Verein angeschlossen seien, obwohl zu den Veranstaltungen des Vereins den auswärts in Pension befindlichen Mitgliedern die hässliche Fahrtenspflichtung gewährt wird. Den Bericht vom zweiten Maschinenfegerkongreß erstattete der Vorsitzende. Allgemein wurde den gefassten Beschlüssen zugestimmt und lobend hervorgehoben, daß die Zentralkommission samt den Delegierten das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt haben. Verurteilt wurden die verhältnismäßig zahlreichen Kontraktbrüche. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden unter allgemeiner Teilnahme diverse technische Fragen beraten.

**Hannenburg (Hanz).** In einer am 24. Juni abgehaltenen außerordentlichen Versammlung, die fast vollständig besucht war, erstattete nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Kollege Treff (Halberstadt) in einhelfstündigem Referate Bericht über die Generalversammlung des Verbandes. Die Kollegen waren von den sachlichen und allgemein verständlichen Ausführungen sehr befriedigt und stellten am Schlusse dem Redner reichen Beifall. Im weiteren wurde beschlossen, am 9. Juli ein Johannisfest, verbunden mit der fünf- und zwanzigjährigen Verbandsgedenktage unseres Vorsitzenden, Kollegen Wilhelm Waitath, zu begehen. Zur Förderung des technischen Wissens wurde hier ein Typographischer Klub gegründet. Der größte Teil der Kollegen schloß sich dieser Vereinigung an. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Paul Rothe, Markt 5, gewählt.

**Frankfurt a. M.-Hessbach a. M.** (Schriftschneidervereinigung.) Die am 21. Juni abgehaltene Versammlung brachte als wichtigsten Punkt der Tagesordnung die Besprechung der Differenzen in der Schriftgießerei Genzsch & Hejle in Hamburg. Diese Differenzen haben ihre Ursache darin, daß die dortigen Kollegen der Geschäftsleitung einige Wünsche unterbreiteten, welche von maßgebender Seite für unerfüllbar erklärt wurden. Die Versammlung würde es beunruhigen, wenn es in Hamburg zu einem Konflikt kommen sollte, verpflichtete sich aber, für solchen Fall den betroffenen Kollegen die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen.

**P. Sch. Glogau.** Die am 18. Juni abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen befriedigenden Verlauf. Bei einer Mitgliederzahl von 130 waren 115 Kollegen erschienen, und zwar aus Grünberg, Gubrau, Neusalz a. D., Spröttau, Sagan, Steinau und Polkowitz. Gauvorsteher Fiedler (Wreslau) war ebenfalls anwesend. Bezirksvorsteher Diez eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Laufe der Jahres verstorbenen Kollegen Kohn (Grünberg), Wertsching (Neusalz), Gerbes (auf der Durchreise) sowie der Invaliden Joseph Schubert und Paul Müller, ferner des Hauptverwalters Adolf Meyer gedacht, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Klagen erhoben. Aufgenommen wurden zwei neue Mitglieder; ein Aufnahmegefuß wurde abgewiesen. Der Vorsitzende berichtete, daß in den größeren Druckarten des Bezirks tarifliche Zustände herrschen mit Ausnahme einiger kleinerer Orte. Er wies hierbei auf die verwerfliche Handlungsweise des Gutenbergsbundes bei seiner Agitation in Sagan hin. Trotz allen Aufgebots der Blinden konnten diese es aber nicht hindern, daß die Neuausgeraten die Überzeugung gemannen, daß nur der Verband für sie als Organisation in Betracht komme. Ein Antrag Grünberg, die Tagesordnung der Bezirksversammlung den Mitgliedern mindestens zehn Tage vorher zugehen zu lassen, wurde akzeptiert, jedoch der zweite, betreffs Festsetzung des Termins mit den einzelnen Ortsvorständen sich vorher zu verständigen, verworfen. Die Notwendigkeit eines weiteren Antrags Sagan um Einflüßung von Quittungsbüchern, wurde allseitig anerkannt. Um diese Legitimation einheitlich für ganz Schlesien zu schaffen, wurden die weiteren Schritte hierzu dem Vorstand überlassen. Den Höhepunkt bildete der Vortrag des Gauvorstehers Fiedler über: „Ausblicke, mit besonderer Berücksichtigung der Generalversammlung des Verbandes.“ In einhelfstündiger Rede gab der Referent einen klaren Überblick über die in Hannover gefassten Beschlüsse und erläuterte den aufmerksamen Zuhörern, was wir von der diesjährigen Tarifrevision zu erwarten haben. Redner schloß unter stürmischen Beifalle seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. Dem Referenten wurde noch besonders gedankt. Als Ort für den nächsten Bezirkstag wurde aus bestimmten Gründen wiederum Glogau gewählt. Nach Erledigung der Fahrtenspflichtung für die auswärtigen Mitglieder und einem kräftigen Schlussworte des Bezirksvorstehers wurde die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — In Verbindung mit dem Bezirkstage veranstaltete der Bezirksverein am Abend desselben Tags anlässlich des 25jährigen Verbandsjubiläums seines langjährigen und verdienstvollen Vorsitzenden Deskar Diez und des Kollegen Artur Wolke eine Festlichkeit, in

Form eines Familienabends. Mit einigen Musikstücken, denen ein Prolog und der Vortrag eines Liedes folgte, hielt Kollege Schubert eine der Feier angepaßte Ansprache. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, stets treu zum Verbands zu halten, überreichte er am Schlusse seiner Ausführungen die vom Bezirke gewidmeten Ehrengefenke. Redner gedachte weiter in gebührender Weise unseres Vorsitzenden Diez und schilderte das wackere, mannhafte Eintreten dieses alten, treu bewährten Führers der Verbandssache. Mit dem Wunsche, seinen Vorsitzenden noch viele Jahre an der Spitze des Bezirks wirken und walten zu sehen, überreichte er als Vorsitzender des Maschinenmeistervereins das von letzterem gewidmete Geschenk. Es folgten noch diverse Ansprachen von Vertretern der Mitgliedschaften Grünberg, Spröttau, Gubrau und Neusalz, die dem Bezirksvorsitzenden als äußeres Zeichen der Liebe und Dankbarkeit ebenfalls recht wertvolle Geschenke darbrachten. Gauvorsteher Fiedler feierte ebenfalls in anerkennenden Worten beide Jubilare als alte wackere Kämpfer der Bewegungsjahre 1891 und 1892 als Vorbilder für die jüngeren Kollegen und übermittelte die Glückwünsche des Gauvorstandes. Er erwähnte die Kollegen, an dem weiteren Ausbau des Verbandes mitzuarbeiten. Sein Hoch galt dem Verbandskollegen Diez, der die Sache nunmehr, tief ergriffen von den mannigfachen Ovationen, seinen sowie des Kollegen Wolke Dank ab und ermahnte zu weiteren treuen Zusammenhalten. Von der Beliebtheit der Jubilare zeugten die zur Verlesung gebrachten zahlreichen Telegramme und schriftlichen Glückwünsche, die aus allen Gegenden Deutschlands eingetroffen waren. Zur Verschönerung des Abends trugen verschiedene Vorträge humorbegabter Kollegen wesentlich bei. Den auswärtigen Bezirksmitgliedern, die uns durch äußerst zahlreichere Beteiligung, teilweise mit ihren Damen, erfreuten, nahte nur zu bald die Stunde, die zum Aufbruche mahnte. Die übrigen Teilnehmer trennten sich hochbefriedigt über den in schönster Harmonie verlaufenen Abend erst in früher Morgenstunde.

**Hohenalza.** Die am 18. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung war trotz der schlechten Witterung sehr besucht. Der Vorsitzende Jaborowski begrüßte die Anwesenden, insbesondere den Gauvorsteher Wagner (Pofen), und ergriff letzterer alsdann das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung des Verbandes. Der Referent verstand es, der Versammlung in überzeugender Weise ein klares Bild über die in Hannover gepflogenen Verhandlungen zu geben und erntete für seine einhelfstündigen Ausführungen reichen und wohlverdienten Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt und wurde hierauf folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die am 18. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung des Ortsvereins Hohenalza erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Wagner (Pofen) über die Generalversammlung des V. d. V. in Hannover voll und ganz einverstanden.“ Die Versammlung ergriff ferner den Gehilfenvertreter zur bevorstehenden Tarifrevision volles Vertrauen entgegen und hofft, daß sie den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft in Anbetracht der jetzigen Teuerungszustände Geltung verschaffen werden.“

**Bezirksverein Hohenkaufen-Zed-Gau.** Unser am 18. Juni in Göttingen abgehaltene Bezirksversammlung war von den Druckarten Kirchheim, Weislingen-Altstadt und Salach ziemlich vollständig besucht, vom Bororte Göttingen kann dies dagegen nicht gesagt werden. Hier sind es immer dieselben, die glauben, es nicht notwendig zu haben, ihr Interesse an der Verbands Sache betunden zu müssen. Der ausführliche Bericht vom Gantage wurde mit Interesse und Beifall entgegengenommen. Die nächste Versammlung soll im September in Weislingen stattfinden mit dem Berichte von den Tarifverhandlungen. Mit ermahnernden Worten, der gegenwärtigen Zeit eingedenk zu sein, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung. Den auswärtigen Kollegen wurde, wie üblich, das volle Fahrgebid entschädigt.

**Kiel.** Eine starbtsandte außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 10. Juni statt, in der unser Verbandsvorsitzender Döhl in einem Vortrag über „Die gegenwärtige Lage“ hielt. In einhelfstündigen Ausführungen gab Redner ein klares Bild über die derzeitigen Verhältnisse im Gewerbe, zum Schlusse die Kollegen zur Einigkeit und zum treuen Festhalten an der Organisation ermahnen. Lebhafter Beifall folgte den trefflichen Ausführungen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die impolante, auch von auswärtigen Kollegen besuchte Versammlung. — In der ordentlichen Mitgliederversammlung am 20. Juni erstattete Kollege Lorenzen Bericht über die Verhandlungen und die Beschlüsse des Gantages in Neumünster. Er gab auch einen kurzen Auszug aus dem dort gehaltenen Referate des Gauvorstehers über die Generalversammlung. Auf Ersuchen ging dann Kollege Prütter noch ausführlicher auf die wichtigsten Punkte der Hannoverischen Tagung ein. Nach einer kurzen Debatte über beide Berichte konnte der Vorsitzende das Einverständnis der Versammelten mit den Beschlüssen des Gantages, sowohl wie der Generalversammlung im allgemeinen konstatieren. Die übrigen Tagesordnungspunkte der anregend verlaufenen Versammlung waren lokaler Natur und wurden schnell erledigt.

**Hönsberg (N.-M.).** Von den am Orte befindlichen beiden Druckereien erkannte die des Herrn Madrasch — der persönlich zu diesem Zweck aufs Kreisamt kam — Anfang dieses Jahres den Tarif an, weil es ihm nicht mehr möglich war, das nötige „tariffreie“ Personal zu bekommen. Das Kreisamt bewilligte ihm unter Zustimmung des Tarifamts die Beibehaltung der neunhelfst-

stündigen Arbeitszeit bis auf weiteres und nunmehr prangte unter seinen Segens- und Druckergefenken die Zeile: Tarif ist schriftlich anerkannt. Der Tempel füllte sich allmählich, doch verlangten die nunmehr dort eingestellten Gehilfen auch die Erfüllung der tariflicher Vorschriften, und so hatte der Herr Madrasch sich die Sache doch nicht vorgefellt. Wiederholtes Bestreben werden des Personals erndete resultatlos mit elegantem hinauswurfe der „Mädelsführer“. Der häufige Wechsel unter den Kollegen ließ es anfangs nicht zu einer Klage kommen, bis schließlich zu der überpartifischen Lehrlingszahl noch ein neuer hinzutrat. Das gab Anlaß zu einer Klage, die einen ganzen Rattenkong von Tarifwidrigkeiten zutage förderte, sowohl bezüglich der Bezahlung einzelner Gehilfen als auch in bezug auf Arbeitszeit u. a. m. Das Schiedsgerichtsurteil erkannte einstimmig auf Tarifbruch und forderte die Firma auf, bis zu einem bestimmten Zeitpunkte tarifliche Verhältnisse in ihrem Betriebe einzuführen, widrigenfalls sie gestrichen würde. Dem Urteile wurde nicht Folge gegeben und die tarifreuen Gehilfen, die zum Teil unter Zusicherung tariflicher Zustände herbeigeholt worden waren, verließen infolge der eigenartigen Auffassung des Herrn Madrasch über Tarifreue die unangstliche Stätte. Wenn zum Herbst dann die Arbeit sich wieder häuft, dann genügt vorausichtlich die jetzt dort eingesprungene Garde nicht mehr und wird an die Luft befördert. Wie warnen die Kollegen, wenn wieder Insekte mit der bewußten Zeile erscheinen sollten, den Zusicherungen tariflicher Zustände seitens des Herrn Madrasch allzuviel Gewicht beizulegen.

**Landau (Pfalz).** In der außerordentlichen Bezirksversammlung am 18. Juni referierte Gauvorsteher Fuchs über die Generalversammlung in Hannover. Er legte die Gründe dar, die bei der Ablehnung der Erhöhung der Unterstützungen ins Gewicht fielen, und beschäftigte sich hauptsächlich in seinen etwa zweihelfstündigen Ausführungen mit den Verhandlungen in der Tariffrage. Eine Diskussion fand nicht statt, was als ein Zeichen einstimmiger Zustimmung zu den Beschlüssen aufzufassen ist. Zwei neuausgeratete Kollegen wurden aufgenommen. An Stelle des Kollegen Fleischhauer, der sein Amt wegen seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden der hiesigen Ortskrankenkasse niederlegte, wurde Kollege Wilhelm Sieber als Bezirkskassierer gewählt.

**Leipzig.** (Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) In der am 21. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung dankte der Vorsitzende dem durch Abreise aus dem Vorstande sowie Gauvorstande scheidenden Kollegen J. W. Kühn für seine Tätigkeit und berief den ersten Ersatzmann an dessen Stelle. Eine hiesige Firma (Stempelabrik), die nur Nichtverbandsmitgliedern beschäftigt, hatte um Verhandlungen ersucht, die sich jedoch wieder zerfchlügen. In nächster Zeit sollen die in der Generalversammlung beschlossenen Offizinsbesprechungen stattfinden. Der Vorstand eruchte um zahlreicheren Besuch dieser Besprechungen. Zwecks Gewinnung von Mitgliedern ist eine Versammlung der Arbeiterinnen in Aussicht genommen. Über zwei Aufnahmegefuße erfolgte eine längere Aussprache. Die Versammlung erledigte die Besuche im befürwortenden Sinne. In ausführlicher Weise berichtete sodann Kollege Jahn über die Verbandsgeneralversammlung sowie den Maschinenfegerkongreß in Hannover. Hauptsächlich die für uns Gießer so wichtige Monotypeangelegenheit wurde in ihren Einzelheiten behandelt und der Zentralkommission der Maschinenfeger für ihre geleistete statistische Arbeit Dank ausgesprochen. Um diesen Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher das Überstundenwesen an der Monotype scharf verurteilt wurde. Nach einigen Vereinsmitteilungen erfolgte der Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Reiße.** Ein freudiges Ereignis ist es, das uns veranlaßt, ein Resümee der Ortsvereinsversammlung vom 24. Juni im „Korr.“ zu geben. Seit Jahren bildeten die hiesigen buchdrucktinstelnden Steindruckereien, deren es am Ort eine ganze Anzahl gibt, einen Diskussionsgegenstand unserer Versammlungen. Die technische Herstellung der aus diesen Offizinen hervorgehenden Drucksachen ließ vieles und das Verhältnis der Lehrlingszahl zu der der Gehilfen sowie die Arbeitszeit alles zu wünschen übrig. Sah es lange Zeit so aus, als könnten wir auf diese Druckereien einen Einfluß überhaupt nicht gewinnen, so gelang es uns doch Anfang dieses Jahres, die Firma B. Neumann durch Eintritt eines unserer Mitglieder zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen. Nun soll in unserm 25000 Einwohner zählenden Ort am 1. Juli eine neue Zeitung (bisher erschien nur eine Tageszeitung) unter dem Titel „Reiße Tageblatt“ herausgegeben werden. Druck und Verlag hat die Buch- und Steindruckerei J. Bieweger übernommen, bei welcher bisher ebenfalls absolut untarifliche Verhältnisse herrschten. Den Bemühungen von unserer Seite gelang es jedoch auch hier, die schriftliche Anerkennung des Tarifs zu erwirken und einige unserer künftigen Kollegen daselbst unterzubringen. Weitere Einstellungen stehen noch bevor, so daß hierdurch unser Ortsverein eine erfreuliche Stärkung erfahren wird. Vom Bezirksvorsitzenden Müller wurde mitgeteilt, daß sich in Wrieg abermals zwei bisher dem Gutenbergsbund angehörende Kollegen dem Verband angeschlossen haben, sowie daß am 25. Juli Kollege Kraft in Wrieg referiert, zum regen Besuche dieser Versammlung einladend. Trotz der gegen unseren Verband gerichteten Gebe, die auch in Reiße hohe Wogen schlug, sind wir wiederum ein gut Stück vorwärts gekommen.

**Dönnburg i. Gr.** Am 18. Juni fand eine außerordentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Berichterstattung von der Generalversammlung

des Verbandes". Anwesend waren von Oldenburg 75, Brake 5, Eickstedt 2, Kloppenburg 2, Wechta 1 und fünf durchreisende Kollegen. Außerdem als Referent Kollege Kromminga (Leer). Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenvollen Worten der verstorbenen Kollegen Strüß (Jever) und Diemann (Mürich). Letzterer war längere Zeit als Vorsitzender des hiesigen Bezirks tätig. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Nachdem alsdann noch die Aufnahme eines Kollegen vollzogen war, nahm Kollege Kromminga das Wort. In etwa einhalbstündigen Ausführungen gab Redner ein vollständiges Bild von der Generalversammlung, besonders betont, daß trotz der großen Schwierigkeiten, welche von allen Seiten uns entgegenstehen, es dennoch gelungen sei, in allen Fragen volle Einmütigkeit zu erzielen. Die Versammlung befandete ihr Einverständnis mit dem Referenten durch reichen Beifall. An alle Mitglieder des hiesigen Ortsvereins möge die Mahnung gerichtet sein, in Zukunft die Versammlungen vollständig zu besuchen. Ein Besuch von 75 bei einem Mitgliederbestande von 103 kann nicht als gut bezeichnet werden.

**Worzhelm.** (Vierteljahrsbericht.) Der hiesige Maschinenmeisterverein konnte nach Verlauf des ersten Vierteljahres auf eine rege Tätigkeit zurückblicken, sowohl in technischer, wie auch in organisatorischer Beziehung. Der Mitgliederstand ist nun, dank einer regen Agitation, auf 22 Kollegen gestiegen. Die drei letzten Monatsversammlungen waren durchschnittlich von 17 Kollegen besucht, die letzte sogar vollständig, was wohl hauptsächlich der wichtigen Tagesordnung zuzuschreiben ist. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten gab Kollege Straubenger in sehr ausführlicher Weise Bericht über den Verlauf des Maschinenmeisterkongresses. Es schloß sich nur eine kurze Diskussion an, die in sachlicher Weise geführt wurde. Kollege Straubenger gab dann den Diskussionsrednern die nötigen Erklärungen und forderte zum Schluß die Kollegen auf, stets fest und treu zur Sparte zu halten und deren Interessen zu wahren. Der Vorsitzende dankte dem Referenten im Namen der Versammlung und die Kollegen erklärten sich einstimmig mit dem Resultate der Verhandlungen einverstanden. — Im Monat Mai wurde ein Ausflug unternommen. An Stelle des Stiftungsfestes soll ein Familienausflug stattfinden, auch wurde beschlossen in corpore am Maschinenmeisterfest in Stuttgart teilzunehmen. In der vorletzten Versammlung hielt Kollege Wölkander einen Vortrag über „Die Einführung des Papiers in Europa“. Für das Spätjahr ist ein Kursus im Zirkeln von Platten in Aussicht genommen. Möchten die Mitglieder das Interesse, das sie in letzter Zeit an den Tag legten, auch fernerhin bewahren.

**D. Stade.** In einer auf den 25. Juni einberufenen außerordentlichen Versammlung wurde uns der schon lange ersehnte Bericht über die Generalversammlung unseres Verbandes gegeben, und zwar durch unseren Gauvorsitzer Osieta (Bremen). In dieser Versammlung waren die Stader Kollegen fast alle erschienen, außerdem drei aus Bremerhörde, sieben aus Buxtehude und drei aus York, um sich das wichtige Thema nicht entgehen zu lassen. Nach üblicher Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden nahm Kollege Osieta das Wort und gab uns in etwa zweifelhafte Rede ein klares Bild über die Verhandlungen, dabei die Einmütigkeit der Delegierten bei allen wichtigen Punkten hervorhebend. Der starke Beifall am Schluß des Vortrags bewies die Übereinstimmung der Versammelten mit den Ausführungen des Referenten. — Hatten sich die Kollegen am Vormittag erster Arbeit gewidmet, so ließen sie es sich am Nachmittag nicht nehmen, der manchmal doch auch noch ein wenig heiteren Seite des Lebens etwas abzugewinnen und einige Stunden eßt hochbrüderlich beim Johannisfeste zu verleben, das in Gestalt einer Landpartie gefeiert wurde.

**St. Straßburg i. G.** In unserer am 21. Juni stattgehabten außerordentlichen Bezirksversammlung, die örtlicher Verhältnisse halber leider nicht früher stattfinden konnte, erstattete unser Bezirksvertreter Algen den Bericht von der Generalversammlung des Verbandes. In einem fünfteilstündigen Referat gab Redner in klarer und übersichtlicher Weise ein Bild von der Tagung unseres Parlaments. Er berührte alle auf der Generalversammlung behandelten Anträge. Besonders eingehend naturgemäß die Anträge zur Tarifrevision, und ersuchte zum Schluß die Versammlung, sich auf den Boden der Generalversammlungsbeschlüsse zu stellen. Reicher Beifall besahnte den Referenten für seine interessanten Mitteilungen. Nach einer lebhaften und sehr interessanten Diskussion wurde folgende Resolution vom Vorsitzenden verlesen und mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die am 21. Juni 1911 tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Straßburg nimmt mit Interesse den Bericht von der Generalversammlung in Hannover entgegen und setzt das Vertrauen in die Bezirksvertreter, daß sie die von der Generalversammlung normierten Forderungen bei den Tarifverhandlungen mit Festigkeit vertreten werden. Namentlich erwartet sie, daß, falls die Tarifdauer wieder eine fünfjährige sein sollte, in Anbetracht der gegenwärtigen Löhnerverhältnisse eine diesen entsprechende Erhöhung der Löhne sämtlicher Gehilfen eintritt.“ Die Berichterstattung über die Gauversammlung wurde der vorgedachten Zeit wegen auf eine demnächst einzuuberufende Versammlung verschoben. Nachdem noch seitens eines Gewerkschaftsdelegierten auf einige lokale Angelegenheiten aufmerksam gemacht worden war, schloß der Vorsitzende die sehr ruhig und anregend verlaufene Versammlung.

**-z. Stuttgart.** (Mitgliederversammlung am 19. Juni.) Die wieder äußerst zahlreich besuchte Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Diskussion über die Verbandsgeneralversammlung und der Berichterstattung vom 34. Gautage. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen Albert Vogel, Witus Winter und Gotlob Fiechter in üblicher Weise gedacht. Die Diskussion zu den in der letzten Versammlung gegebenen Referaten über die Verbandsgeneralversammlung war eine ausgiebige, eine große Anzahl Kollegen beteiligte sich daran. Im großen und ganzen waren die einzelnen Redner mit den Beschlüssen einverstanden, doch wurde auch verschiedentlich scharfe Kritik geübt. Eine vom Kollegen Wäsecke eingebrachte Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung spricht ihre volle Befriedigung über die harmonischen Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung in Hannover aus und verpricht in voller Einigkeit diesen Beschlüssen Rechnung zu tragen. Die Versammlung hat volles Vertrauen zu den Gehilfenvertretern und erhofft von deren Tätigkeit die Realisierung der Forderungen der Gehilfenschaft“, fand Annahme. Hierauf gab Kollege Wäsecke den Bericht vom 34. Gautage. In eingehender Weise besprach Redner die einzelnen Punkte, die Stellung der Delegierten zu den verschiedensten Beschlüssen präzisierend. Der Wunsch eines Kollegen, sich mit dem Referate zufrieden zu geben und in keine Diskussion einzutreten, fand den Beifall der Versammlung nicht. Darauf wurde in die Diskussion eingetreten, die sich hauptsächlich um den am 1. Januar 1912 zur Einführung gelangenden Invalidentag, den seither ein Teil der Invaliden aus der früheren Württembergischen Invalidentasse in geringerem Betrag erhielt, drehte. Hier gingen die Meinungen der einzelnen Redner auseinander, da vielfach der Standpunkt eingenommen wurde, der Verband hätte dafür einzutreten. — Um die in diesem Frühjahr ausgearbeiteten und dem Verband angehörenden jungen Kollegen mit den Zielen und Zwecken des Verbandes bekannt zu machen, hatte der Gauvorstand diese am 22. Juni ins „Gewerkschaftshaus“ eingeladen. Nur mit ganz wenigen Ausnahmen — 44 waren anwesend — hatte die Jungmannschaft der Einladung Folge geleistet. In überzeugender Weise verstand es Kollege Knie, den mit sichtlichem Interesse zuhörenden Kollegen vor Augen zu führen, wie sie es anzufangen haben, um tüchtige Gehilfen und treue Mitglieder des Verbandes zu werden.

**Ulm-Memmling.** Am 25. Juni fuhr eine stattliche Anzahl unserer Mitglieder nach Memmling, um in Gemeinschaft mit den dortigen Kollegen das Johannisfest zu feiern. Am Bahnhof auf das herzlichste empfangen, wurden wir dann mit Musik in das Restaurant Kreuzstraße geleitet. Nach einem kleinen Frühlingsoppen daselbst wurde ein Ausflug auf den Marienberg unternommen. Mittags wurde ein Festkonzert mit überaus reichhaltigen Programmen gegeben. Nur zu rasch verflohen die schönen Stunden. Der Mitgliedertag Memmling sei für das reichliche Gebotene der beste Dank gesagt.

**Waldenburg i. Schl.** Unter guter Beteiligung seitens der Mitglieder des hiesigen Ortsvereins sowie der Vertrauensmänner aus dem Bezirke, nahm die am 18. Juni abgehaltene Versammlung den Bericht von der Generalversammlung des Verbandes entgegen. Nach den Begrüßungsworten unseres Bezirksvorsitzenden Köchel erhielt Kollege Schipke (Hirsberg) das Wort zur Berichterstattung. In einhalbstündiger Rede schilderte der Referent den Verlauf sowie die auf der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse. Nach der folgenden Diskussion, die sich lebhaft gestaltete, wurde einstimmig der Resolution Leipzig zugestimmt.

## Rundschau.

Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands trat am vierten Tage seiner Verhandlungen in die Diskussion über das von Rechtsanwalt Heinemann am Tage vorher gehaltene Referat über das „Koalitionsrecht“ und den Vorentwurf zum „Strafgesetzbuch“ ein. Die Kernpunkte des Referats haben wir in voriger Nummer schon hervorgehoben, so daß uns nur noch übrig bleibt, die markanten Schlussworte des Referenten an dieser Stelle als Übergang zur Diskussion wiederzugeben. Sie lauteten folgendermaßen: „Nun, die konzentrierteste in das raffinierteste System gebrachte Gewalt gegen das politisch oder gewerkschaftlich organisierte Proletariat stellt der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch dar. Nur die in jeder Geschichtsperiode bei der jeweilig herrschenden Klasse sich stets findende Paarung von blauer Furcht und übermütiger Vernunft ein solches Monstrum zu erzeugen. Die einzigtste und beste Klasse der Arbeiterschaft gegen diese brutale Gewalt ist der Stimmzettel. Wir stehen am Vorabend der Neuwahlen zum deutschen Reichstage. Noch hat es das deutsche Volk in der Hand, daß eine Volkvertretung gewählt wird, die dem mit allerlei modernem Fittler ausgestatteten durch und durch arbeitereindlichen Entwurf in der Geburtsstunde den Garaus machen kann. Daß dies geschieht, dafür wollen wir jeder in seinem Kreise mit besten Kräften wirken.“ An dieses, wie wir schon berichtet haben, vom Kongresse mit stürmischem Beifall aufgenommene Referat knüpfte sich eine die ganze Verhandlungsdauer des vierten und noch einen wesentlichen Teil des fünften Verhandlungstags in Anspruch nehmende Diskussion. Ein Vertreter der Transportsarbeiter wies darauf hin, daß durch das geplante Gesetz Tausenden und Untertausenden von Arbeitern das Koalitionsrecht vollständig entzogen würde. Die Bestimmungen gegen die Arbeiter der großen Verkehrs-

betriebe sollen wesentlich verschärft und „jede Hinderung des Betriebs“ unter Strafe gestellt werden. Dabei sei zu bedenken, daß es in allen Verkehrsbetrieben Tausende von Arbeitern gäbe, die mit dem Betriebe selbst gar nichts zu tun hätten, aber mit einem Streike den Fortgang des Betriebs hindern und sich damit strafbar machen würden. Leider mache ein großer Teil der Angestellten der Verkehrsbetriebe nicht gemeinsame Sache mit den Gewerkschaften, sondern laufe tagtäglich vor ihren Vorgesetzten und bitte demütig um eine Besserung seiner Lage. Die Eisenbahnverwaltungen gingen sogar jetzt schon so weit, daß sie die bahnpolizeiliche Güterexpedition nur solchen Firmen übertrage, die keine organisierten Arbeiter beschäftigten. Und ein solches Treiben würde noch von den Gerichten unterstützt. Darum müßten in das neue Gesetz unbedingte Bestimmungen hinein, die das Koalitionsrecht sichern. Namentlich seien die Arbeiter öffentlicher Betriebe so bevorzugen wie in Deutschland und der neue Strafgesetzentwurf leiste hierin das Höchste. Ähnliche Anklagen gegen die heutige Rechtsprechung hatte auch ein Vertreter der Landarbeiter zu erheben, da diese Arbeiter in Preußen-Deutschland noch durchgängig unter den reaktionärsten Landesgesetzen ständen. Streitverhandlungen werden für die Landarbeiter mit Gefängnisstrafen bedroht. Überall werde den Landarbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, während die „Unternehmer“ der Landwirtschaft auf das engste miteinander verbunden sind. Der Bund der Landwirte habe 30000 Mitglieder, dazu kommen 5000 landwirtschaftliche Vereine und die amtlichen Zweigstellen der Agrarorganisation. Die Freizügigkeit der Landarbeiter wird zu unterbinden gesucht, wo es nur geht. Erst kürzlich habe die Brandenburgische Landwirtschaftskammer einen Antrag unterstützt, wonach jeder vom Lande weggehende Arbeiter unter 21 Jahren 1000 Mk. Kaution für Erziehungs- und Schulkosten bei der Gemeinde hinterlegen müsse. Darum bitten die Landarbeiter alle Gewerkschaftsgenossen um weitgehendste Unterstützung ihrer Organisationsbestrebungen. Diesem Vertreter der Landarbeiter folgte ein solcher der Seeleute, der in flammenden Worten die deutsche Gesetzgebung anklagte und die Unterstützung aller vorwärtsstrebenden Arbeiter für die Seemannen in ihrem schweren Kampf um das Koalitionsrecht erbat. Er betonte, daß der neue Gesetzentwurf die ganze Seemannschaft doppelt hart treffe, da ihr ohnehin durch die Eigenart ihres Betriebes die Anteilnahme an der politischen Betätigung verwehrt sei und nun auch die Ausichten auf Erreichung des Koalitionsrechts noch mehr als bisher getrübt werden. Obwohl kein gesetzliches Koalitionsverbot für die Seeleute bestehe, so hätten es die Reeder doch durch ein dirmenmäßiges Überwachungs-system verstanden, den Seeleuten dieses Recht zu verweigern. Wer an Bord irgendetwas Stellungnahme für freie Gewerkschaften erkennen lasse, komme auf die schwarze Liste. Auch hätten die Reeder in diesem Jahre mit der deutschen Reichsregierung Vereinbarungen getroffen, um für den Straßfall Marineangehörigen, ja sogar Marineangehörigen als Streikbrecher in Dienst zu stellen. Namens der deutschen Seeleute fordere er für seine Brüder auf See vollstes Koalitionsrecht, da sie der politischen Rechte ermangelten. Unerhörte Schikanen zur Unterbindung einer freien Ausübung des Koalitionsrechts seitens der Bergbehrden schilderte hierauf ein Vertreter der Bergarbeiter. Einer seiner Berufs kameraden sei sogar gestraft worden, weil er einem andern gedroht hatte, ihn mit der Schnupftabakdose zu erschlagen. Knappschaftskasse werden fortwährend gemagregelt. Er wies auf Hilgers Tätigkeit in Saarabien und in Schlesien, auf den Landrat von Mansfeld, auf den Terrorismus der Bergherren und Vorgesetzten im Plauenischen Grund und in Niederschlesien usw. hin. Ihm folgten noch je ein Redner der Holzarbeiter und Fleischer, die gleichfalls trasse Fälle einseitiger Rechtsprechung vortrugen und dafür eintraten, daß der Protest der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gegen die fortgesetzte Verschneidung des Verbindungsrechts und gegen die Fußangeln des neuen Strafgesetzentwurfs in schärfster und einmütiger Weise zum Ausdruck gebracht werde. Hierauf wurde die vom Referenten vorgelegte und eingehend begründete Resolution vom Kongress einstimmig angenommen. Sie wendet sich gegen die Zulässigkeit des Begriffs der Erpressung bei Ankündigung der Arbeitsniederlegung, fordert Aufhebung des § 153 der Reichsgesetzordnung und Vorschriften zum Schutze der Koalitionsfreiheit, Aufhebung der §§ 184 und 185, die den Eisenbahn-, Post-, Wasser- und Beleuchtungsangestellten das Koalitionsrecht rauben. Ein Referat über „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung“, das vom Redakteur des „Korrespondenzblatt“, Umbreit, erstattet wurde, leitete dann den Kongress auf ein weiteres wichtiges Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Ausgehend von den Ergebnissen der Statistik stellte der Referent fest, daß z. B. vom Dezember 1908 bis Februar 1909 in Deutschland eine Million Arbeitslose pro Tag vorhanden waren, und zwar nicht durch eigene Schuld, sondern durch die heutige Gesellschaftsordnung. Pflicht der Gesellschaft und ihrer Organe, des Staates und der Gemeinden sei es, auf eine Beseitigung oder Linderung dieses Zustandes hinzuwirken. Er schilderte dann die vorbildliche Tätigkeit der Gewerkschaften nach dieser Richtung, die z. B. in nur sechs Jahren, von 1903 bis 1909, für Arbeitslosenunterstützung 35½ Millionen Mark aufgebracht haben. Im weiteren erörterte Umbreit dann den Umfang und die Bedeutung der Arbeitsvermittlung in ihren verschiedenen Arten, wobei er die reaktionären und terroristischen Maßnahmen der einseitigen Unternehmernachweise ganz besonders beleuchtete, die nur zum Kampfe gegen die

(Fortsetzung in der Beilage.)



# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 4. Juli 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 74.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Arbeiterorganisationen und zu nichts andern gegründet wurden. Unbedingt sei die paritätische Organisation der Arbeitsnachweise anzustreben und zu erhalten. Die Arbeitslosenversicherung von Staats oder Gemeinde wegen sei am besten durchführbar und praktisch. Auch für die zu erstrebende Reichsarbeitslosenversicherungskasse könne nur das einfache System der Zuschüsse an die Gewerkschaftskassen in Frage kommen. Da die Reichsregierung dazu aber noch wenig Neigung zeige, so könne die kommunale Versicherung als Übergang dienen. Nur das System der Solidarität könne die Hilfen schaffen, nicht das die Arbeiter der Solidarität entfernende System des Sparens. Lieber sollten wir gar keine städtischen Zuschüsse annehmen als solche unter Bedingungen, die die Entwicklung unsrer Gewerkschaften hemmen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution legte der Referent dem Kongresse, der seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufnahm, zur Berücksichtigung in der Diskussion vor. Sie bezeichnet die Arbeitslosenfürsorge als eine öffentliche Pflicht, fordert ferner eine ständige Arbeitslosenstatistik mit Hilfe der Gewerkschaften sowie das Verbot privater gewerblicher Stellenvermittlung und Errichtung öffentlicher, gebührenfreier Arbeitsnachweise, die bei vorwärtenden Streits und Ausperrungen ihre Vermittlung für die in Frage kommenden Berufe einzustellen haben. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als „Facharbeitsnachweise“ den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzuschließen. Die Arbeitslosenversicherung soll nur auf der bewährten gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung aufgebaut und durch Zurückvergiftung vom Reich ergänzt werden. Allen Gewerkschaften wird Ausbau ihrer Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen empfohlen. Die Debatte über das vorliegende Thema und die Resolution gestaltete sich zu einer sehr lebhaften und umfangreichen, jedoch können wir wegen Raummangels erst in nächster Nummer darüber berichten.

**Ferienverlängerung.** In Danzig erweiterte die Buchdruckerei G. W. Wurau die Ferien für die Gehilfen folgendermaßen: bis dreijährige Beschäftigungsdauer eine Woche, bis drei Jahre zwei Wochen und über sechs Jahre drei Wochen. Ebenso erhalten die Einlageknechte einen Urlaub von einer Woche. Außerdem hat die Firma für das gesamte Personal noch einige freie Nachmittage festgelegt und gibt somit ein ausgezeichnetes Beispiel auf dem Gebiete der Ferien für die Arbeiter. — Auch die Buch- und Steindruckerei Julius Sauer in Danzig erweiterte die Zahl der bisher gewährten freien Tage für ihre Gehilfen von drei auf vier.

Über das Verschwinden des Schiffsbuchdruckers Wening, worüber wir schon in der Nummer 71 den Spruch des Hamburger Seemanns bekannt gegeben haben, entnehmen wir einem ausführlicheren Bericht über die in Frage kommende Gerichtsverhandlung noch folgende Einzelheiten. Dem Steward und Drucker Hans Karl Friedrich Wening, geboren am 9. April 1886 zu Lübeck, wurde am 3. Juli vorigen Jahres, als er mit dem zur Woermann-Linie gehörigen Dampfer „Alexandra Woermann“, Kapitän J. v. Hutten, eine Fahrt nach Duala machte, mitgeteilt, daß über ihn eine Eintragung in das Schiffsjournal gemacht sei. Es wurde ihm zum Vorwurfe gemacht, er habe sich den Anordnungen seiner Vorgesetzten widersetzt, er habe versucht, zusammen mit dem Steward Stegemann, die übrigen Stewards aufzureizen, und habe, als ihm der Plan mißlungen sei, seine Kameraden schikaniert und ihre Effekten absichtlich beschmutzt, so daß sie erklärt hätten, nicht mehr mit ihm und Stegemann zusammen wohnen zu wollen. Am Morgen des 23. Juli vorigen Jahres, als der Dampfer im Hafen von Duala lag, teilte der Schiffsarzt dem ersten Offizier mit, Wening habe sich krank gemeldet, weigere sich jedoch, sich gründlich untersuchen zu lassen. Als Wening infolge dessen einer Zwangsuntersuchung unterworfen werden sollte, gebärdete er sich wie ein Lobstichtiger. Er wurde gefesselt, erhielt zur Beruhigung eine Morphiumeinspritzung und wurde ins Hospital gebracht. Das Fenster wurde geschlossen und vor die Tür wurde eine Wache gestellt. Trotzdem war Wening aus dem Hospital verschwunden als man später nach ihm sehen wollte. Das Schiff selbst und die Umgebung des Schiffes wurden abgesehen, aber Wening blieb verschwunden. Der Matrose Adler, der die Wache vor der Tür gehabt hatte, erklärte, er habe seinen Posten nicht verlassen und habe auch nicht geschlafen, auf welche Weise Wening aus der Kammer verschwunden sei, wisse er nicht. Der Vorfall wurde sofort dem Seemannsamt in Duala gemeldet. Da das Bullauge (Fenster) der Kammer geöffnet war, die Fesseln, mit denen Wening gefesselt war, verschwunden waren, nahm man an, daß Wening bei einem Fluchtversuch ertrunken sei. Andere Zeugen halten eine gelungene Flucht für möglich, da sie zwei Kanus in der Nähe des Dampfers gesehen haben. Es ist demnach doch nicht ausgeschlossen, daß W. noch mit heller Haut davon gekommen ist.

Der Entwurf des neuen Buchdruckpreistarifs wird, wie die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ berichtet, gegenwärtig verhandelt. Ob der Verband, der nur gegen Nachnahme einschließlich Postgebühr im Gesamtbetrage von 3,30 Mk. erfolgt, nur an Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins oder auch an andre Interessenten geschieht, geht aus der betreffenden Mitteilung nicht hervor.

Passive Resistenz der Zeitungsaussträger setzte es nach einem Berichte des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ durch, daß die „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ ihre seit Herbst vorigen Jahres zur Ausgabe gelangende Sonntagsnummer ausgeben mußte. Das Blatt teilte seinen Lesern selbst mit, daß von 42 Trägerinnen 37 trotz Zusage weiterer Lohnerhöhung sich weigerten, den Sonntagsdienst fernerhin noch zu versehen. Dieser Erfolg scheint nicht durch besonders großen Widerstand des Verlegers erschwert worden zu sein.

Der Dreistädtevertrag der Buchhändler, der für die Städte Leipzig, Berlin und Stuttgart Gültigkeit haben soll, wurde dieser Tage nach mehrwöchigen Verhandlungen unter Dach und Fach gebracht. Er bedeutet einen beachtenswerten Erfolg für die Arbeiter. Die Arbeitszeit ist auf 52 1/2 Stunden pro Woche festgesetzt. Erhöhungen der Minimallöhne für Gehilfen und Arbeiterinnen sind durchgeführt worden. Der außerordentlich umfangreiche Akkordtarif ist einer gründlichen Revision unterzogen und im wesentlichen sind Verbesserungen für fast sämtliche Branchen des Berufs angenommen worden. In dem Tarife sind rund 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen der drei Städte interessiert, für die eine durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 10 Proz. eintritt, an der allerdings die verschiedenen Branchen nicht gleichmäßig teilnehmen. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, den Wortlaut der verschiedenen Tarifpunkte möglichst zweifelsfrei zu gestalten und auszulagern, um die bisher vielfach zutage getretenen falschen Auslegungen zu beseitigen. Die Arbeitszeitverlängerung nebst Erhöhung der Stundenlöhne tritt am 1. Juli in Kraft, während die Bestimmungen des Akkordtarifs erst am 21. Juli durchgeführt werden können, da die Drucklegung des Gesamttextes trotz großer Anstrengungen erst später herbeigeführt werden konnte.

Das Buchdruckereigenen wegen der Arbeitswilligen kommt ein Holzbildhauer nach dem Urteile des Schwurgerichts in Detmold. Der Verurteilte hatte sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als zwei arbeitswillige Näherinnen gelegentlich eines Streits in dieser Branche in Viesefeld auf das Unschöne ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, wobei einer seiner Kollegen durch einige scharfe Worte nachzuhelfen versucht haben soll. Wegen der angeblichen Äußerungen des letzteren kam es zu einer Anklage wegen Vergehens gegen § 153. Bei der Gerichtsverhandlung betritt nun der Holzbildhauer als Entlastungszeuge, die von den Arbeitswilligen behaupteten Worte des Angeklagten gehört zu haben. Deshalb leitete der Staatsanwalt nachher gegen den Holzbildhauer ein Verfahren wegen Meineids ein. In der Verhandlung vor dem Schwurgerichte blieb der Holzbildhauer bei seinen früheren Angaben, wonach sein damaliger Begleiter nicht gedroht habe. Auch andre Zeugen bekundeten, keine Drohung gehört zu haben. Trotzdem hielt aber der Staatsanwalt den Holzbildhauer auf Grund der Aussagen der beiden Arbeitswilligen als einzigen Belastungszeugen für überflüssig. Das Schwurgericht, aus acht Geschwörnen, drei selbständigen Kaufleuten und einem Mühlentbesitzer zusammengesetzt, folgte dieser Auffassung, verneinte sogar mitwiderne Umstände und ging noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, indem es den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilte. Die Lehren, die die Arbeiterchaft aus diesem Detmolder Schreckensurteile ziehen wird, werden nicht im Sinne dieser weltfremden Richter liegen, sondern wie es in der Bibel steht, im Buche Hosea.

Gewerkschaftsbeiträge gehören zu einer standesgemäßen Lebensstellung. Also entschied das Düsseldorf-Oberlandesgericht unter Aufhebung eines Urteils des Landgerichts, das die Abrechnung von Gewerkschaftsbeiträgen bei der Feststellung des wirklichen Einkommens eines Buchdruckers als unzulässig erklärte. In den gegenteiligen Gründen des Oberlandesgerichts heißt es: „Wenn der Vorbereichter bemängelte, daß Verflager jährlich 52 Mk. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Verringerung seines Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhalts verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 Abs. 2 BGB.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invaldität dadurch erlangt, die aber seine

Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen.“ Dieses Urteil ist sehr wichtig und es wäre wünschenswert, daß auch das Reichsgericht sich gelegentlich auf den gleichen Standpunkt stellen würde. Es wäre das nur eine praktische und vernünftige Anerkennung des Charakters, den die Gewerkschaftsbeiträge in jedem Arbeiterhaushalte haben. Damit wäre auch die Abzugsfähigkeit dieser unerlässlichen Ausgabe für jeden richtig forgernden Arbeiter bei der Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens in einheitlicher Weise für ganz Deutschland begründet und die Unterschiedlichkeit je nach Bundesstaat in dieser Frage endlich ausgeglichen. Was ein Oberlandesgericht in ja klarer Weise anerkennt, sollte auch für andre Instanzen nicht unmöglich sein.

Reichsgericht, Vereinsgesetz und Polizeieinwilligung. Vor kurzem hat das Reichsgericht die Entscheidung getroffen, daß auch bei einer klar zutage liegenden rechtswidrigen Auflösung einer Versammlung durch einen Vertreter der Polizei, der Aufforderung des Polizeibeamten, das Lokal zu verlassen, sofort Folge zu leisten sei. Die Frage, ob die Auflösung irrtümlich sei, käme dabei nicht in Betracht.

Eigendossliche Reparatur der Streikbrecherchre. Das Kreisgericht in Davos verurteilte drei Schreiner zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen und Geldbußen, weil sie an einigen Streikbrechern verschiedenes auszuheilen hatten und so mißbelehrt waren, dies die Herren hören zu lassen. Sehr satirisch bemerkt zu diesem Urteile die „Bündener Volkswocht“: Wenn ein ruppiger Kurgast den Betriebsbeamten in Ausübung seines Berufs mit einer scharfgeladenen Pistole, wie dies hier einmal vorgekommen, bedroht, so ist diese „Kleinigkeit“ mit 30 Fr. Buße genügend geahndet. Bedroht aber ein Arbeiter einen Streikbrecher bloß mit Worten, dann folgen Strafen wie oben angeführt. Geld verleiht Ehre und Ansehen, Macht und Freiheit. Der Mittellose dagegen ist mißachtet, ohnmächtig und unfrei. Auch die Justiz ist leider nicht erhaben über die kapitalistischen Vorurteile, die das natürliche Gerechtigkeitsgefühl schwer tranken und den Unpangeneien tief empören.

Lehrlinge als „jugendliche Arbeiter“ zu bezeichnen, um die Vorschriften über das Beschäftigungsverhalten zu umgehen, ist ein beliebter Trick mancher Handwerker, die die Arbeitsbeschränkung nicht besitzen und doch solche billige Arbeitskräfte glauben nicht entbehren zu können. Sie glauben durch solche „Umtausche“ der Pflicht zum Abschluß eines Arbeitsvertrags und zur Anmeldung bei der Handwerkskammer entgehen zu sein und sind gelegentlich auch der Meinung, solche junge Leute dem vorgeschriebenen gewerblichen Unterricht entziehen zu können. Demgegenüber sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gewerbeordnung zu den „jugendlichen Arbeitern“ alle Arbeiter von 13 bis 16 Jahren zählt, also auch alle Lehrlinge, die innerhalb dieser Altersgrenze liegen. Das Rechtsverhältnis selbst wird durch diese Beziehung gar nicht berührt. Ob ein solches Verhältnis vorliegt oder nicht, hängt einzig und allein von der Art und Weise der Beschäftigung ab. Wenn der junge Arbeiter in der Werkstatt seines Arbeitgebers derart beschäftigt wird, daß er nach und nach das betreffende Handwerk erlernt, das heißt auszubilden versteht, dann ist er eben ein Lehrling, ohne Rücksicht darauf, ob schon ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen wurde oder nicht. Handwerker, die auf die angebotene Weise die Vorschriften über das Beschäftigungsverhalten umgehen zu können, haben empfindliche Bestrafung und zwangsweise Auflösung des tatsächlich bestehenden Lehrverhältnisses zu erwarten.

## Verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen“. Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 29. Jahrgang, Heft 10. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Halbjahr. Tagesadressbuch Hamburger Druckereien und verwandter Gewerbe. Mit Anfang. Verlag von H. Andressen & Sohn in Hamburg.

Jahresbericht der Gutenbergtube in Bern. Inhalt: Mitgliederverzeichnis, Schweizerische Liegendbrude, Singung und Verbreitung der Buchdruckerkunst in der Schweiz. Zweiter Nachtrag zum Kataloge. Preis 80 Pf.

„In freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XV. Jahrgang, Heft 20—24. Preis pro Heft 10 Pf.

Taktische Strömungen in der Sozialdemokratie. Von Karl Rautsky. Preis 25 Pf. Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

„Sozialistische Monatshefte“. Erscheinen alle vierzehn Tage. Heft 10. 1911. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

**Briefkasten.**

Verschiedenen Einsendern: Ihre Artikel über den Berliner Fall stellen wir aus den bekannten Gründen zurück. Zunächst hat die Gauvorsteherkonferenz zu sprechen. — F. R. in Bielefeld: Doppelte Mühe war vergeblich, da Ihr erster Bericht schon in voriger Nummer enthalten. — J. M. in Gießen: Wir nehmen an dieser Stelle davon Notiz, daß der in Nr. 70 unter Gießen erwähnte Jubilar Th. Loos heißt (nicht Haas), was infolge eines Schreibfehlers zu lesen war. — M. R. in Leipzig: Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an das hiesige Arbeitersekretariat. — Fr. F. in Montroge: Darüber läßt sich eine generelle Entscheidung kaum treffen, weil sich die Aussprache der Mundart anzupassen pflegt; daher auch der Streit zwischen Süd- und Norddeutschen. Der Gaumenlaut (gue), wie er uns im Inlaute vieler Worte entgegentritt, wird möglichst auch im Auslaute beibehalten werden müssen. — B. S. in St.: Ja, so ist es tatsächlich. Freundl. Gruß! — Lehrling M.: Das muß allerdings ausdrücklich ausbedungen werden, um Weiterungen zu begegnen. — Handbuch für Buchdrucker (Maschinenmeister). Von Fr. Bauer. 6,50 M. — O. C. in Düsseldorf: Wir würden in Ihrem Falle zunächst die ganze vor dem Generobericht ausgesetzte Summe einzutreiben versuchen. Die anderweite Nachschädigung (für 14 Tage) bleibt Ihnen ja sicher. — Nach Gießen: Die eingesandten Druckfahnen für das Kreisfest des Wahlvereins stehen, soweit ihre technische Ausführung in Frage kommt, auf der gleichen Stufe wie die prinzipielle Auffassung der verantwortlichen Leitung über die Vergabung der Druckfahnen: einfach standard. — G. S. in Offenbach: Senden Ihnen die 15 Exemplare gegen Rückertattung des Portos. — G. S. in Schwerin: Es wird sich in jener Notiz der „Magdeb. Zeitung“ wohl nur um einen Druckfehler handeln. Wahrscheinlich ist das Buchbindergewerbe gemeint. — G. R. in J.: Sie müssen unbedingt beim österrösischen Verbandsvorstand anfragen. Adressenverzeichnis siehe letzte Nummer. — B. W. in Ratibor: 2,90 M. — U. B. in Weuthen: 5,75 M.

**Verbandsnachrichten.**

**Verbandsbureau:** Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechtamt VI, 11 191.

**Gau Osterland-Thüringen.** Wir geben hierdurch bekannt, daß das Gaubureau unter Nr. 936 dem Fernsprechnetz angeschlossen ist.

**Bezirk Frankfurt a. O.** Der Seher Emil Schwein (Hauptbuchnummer 828) wird hiermit aufgefordert, sich innerhalb acht Tagen bei dem Bezirkskassierer Fellenberg, Fischerstraße 60, zu melden, andernfalls sein Ausschluß beantragt wird.

**Bezirk Wiesbaden.** Der Drucker Gustav Jacob (Hauptbuchnummer 31922) wird hiermit aufgefordert, die der Zentralkommission entliehenen Bücher zurückzugeben oder Ersatz zu leisten.

**Duisburg.** Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, den Aufenthaltsort des Korrektors R. Herrenberger dem Bezirkskassierer F. Nesselhut mitteilen zu wollen.

**Hilfsburg.** Der Seher Paul Sud, in Hamburg in Kondition, wird ersucht, den Restbetrag des am 25. Mai erhaltenen Reisevorschusses (2,10 M.) umgehend an Rob. Meyer, Sandberg 29, einzufenden, da sonst Ausschluß beantragt wird. Die verehrlichen Funktionäre wollen S. hierauf aufmerksam machen.

**Adressenveränderungen.**

**Bremen (Bezirk).** Vorstehender: Fr. Schweineshein, Voltmershäuser Straße 356; Kassierer: Gauverwalter C. Rönkau, Bureau: Faltenstraße 4 I.

**Reinick.** Kassierer: Paul Hofmann, Müttgebrüderstraße 19.

**Zur Ausnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

Zu Bonn die Drucker 1. Wilhelm Fijy, geb. in Woppard a. Rh. 1891, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied; 2. Franz Thomas, geb. in Oldenburg (Großh.) 1889, ausgl. in Erfurt 1908; war schon Mitglied. — In Siegburg der Drucker Franz Weiler, geb. in Köln 1885, ausgl. das. 1906; war schon Mitglied. — In Rinderoth der Drucker Adolf Schött, geb. in Sieberhausen 1889, ausgl. in Berg. Gladbach 1908; war noch nicht Mitglied. — Th. Walbus in Bonn-W., Burggartenstraße 14.

In Neumarkt (Schlef.) der Seher Paul Winler, geb. in Leobschütz (Oberhsl.), ausgl. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Paul Wengel in Biegnitz, Friedrichsplatz 2, St.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Strasbourg i. El.** Dem Seher Karl Gerloff (Hauptbuchnummer 23493) wurde hier wegen fehlenden Nachweises des Aufenthaltsweges vom 12. bis 24. Juni die Legitimation abgenommen. Sollte G. diesen Nachweis bis jetzt noch nicht in glaubhafter Weise beigebracht haben, so ist derselbe auch das Buch abzunehmen und der Hauptverwaltung einzufenden.

**Veranstaltungskalender.**

**Altenburg.** Versammlung Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinslokal“.

**Frankfurt a. M.** Versammlung Montag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

**Großsch.-Vegan.** Wanderversammlung Sonnabend, den 8. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Gasthose „Zum Adler“ in Zwenkau.

**Mühlhausen i. Thür.** Versammlung Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

**Waltersdorf.** Versammlung Samstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinslokal A. Donners.

**Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.**

Berlin SW 48, Friedrichstraße 230.

Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

**Erster Nachtrag**

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1911.

Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Einsprüche gegen die Aufnahme, bezüglich des Tarifamts einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.

- I. Kreis.**
- Bremen: Neusch, W., & Co.
- II. Kreis.**
- Bielefeld: Thomas, Gustav.
- Bocholt: Regenhaus, Joseph.
- Boitrop i. W.: Klanten, Gebr.
- Esslohe i. W.: Der Sauerländer. (Joh. Fusangel).
- Essen (Ruhr): Kreuder, Heinrich.
- Mülheim (Ruhr): Fabri, Karl.
- Schwelm: Groß, Friedr., & Co.
- Solingen: Wegger, Friedrich.

**III. Kreis.**

Mainz, Mombach: „Mombacher Zeitung“ (F. Henrich).

**IV. Kreis.**

Bruchsal: Bisp, Gustav.

Wasserkaltingen: Beyerlin, Karl (Jnh. Paul Bofch).

**V. Kreis.**

Strasbourg i. El.: Müller, Emil.

**VI. Kreis.**

Gotha: Ellendmann, S., & Sohn.

Papiermühle bei Roda: Gebr. Voigt (Jnh. Paul Gentschel).

**VII. Kreis.**

Waltershausen i. Thür.: Valentin, Karl.

Kue i. Erzgeb.: (Gh) Becker, Klemens, Söhne.

Dresden: Schönherr, A., & Sohn.

Leipzig: Naumann, Gustav.

**VIII. Kreis.**

Berlin: Laubner, Otto.

**IX. Kreis.**

Breslau: Besholtz & Sperling.

Brieg: „Brieger Tageblatt“ (Jnh. Jacobson & Hausdorff).

**X. Kreis.**

Görlitz: Mausshagen, Paul.

Oppeln: „Druckarnia Spockowa“, Genossenschaftsdruckerei, e. G. m. b. H.

Waldenburg i. Schl.: Künzel, Albert (Jnh. Max Weichelt).

**XI. Kreis.**

Hilfsburg: Kuhl, S. U.

Schleswig: Maas, Heinrich (U. Thepsen Nachf.).

**XII. Kreis.**

Kottbus: Brandt, F. W.

Lehmitz: Schulze, Karl.

Stettin: Witt, Johannes.

Elbing: Warwell, Oskar.

Die im 14. Nachtrage veröffentlichte Firma Oskar Sperling in Leipzig ist irrthümlich noch einmal als tarifanerkennend benannt worden; richtig ist, daß die Firma stets tariffrei war und daß die Zustellung einer Anerkennungsurkunde an das Tarifamt auf einem Irrthume beruht.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Druckereien gestrichen wurden die Firmen:

- II. Kreis:** Birker & Hederich (Barmen).
- III. Kreis:** Fritz Münch (Wiesbaden).
- VII. Kreis:** C. F. Klesch Nachf. (Jnh. Max Hertel (Dresden); Emil Lange (Imbich i. Sachf.); Eugen Staedtler (Eibenrod i. Sachf.).
- XI. Kreis:** Hermann Madrasch (Königsberg N. M.).

**Bekanntmachung.**

Schiedsgerichte betreffend.

Halberstadt: Walter Koch (i. Fa. Louis Koch), Mitglied.

Hannover: Prinzipalsvorsitzender: Aug. Eberlein (i. Fa. Aug. Eberlein & Co.), Reinstraße 31.

Berlin, 15. Juni 1911.

Georg W. Bürgenstein, L. S. Giesede, Prinzipalsvorsitzender. Gehilfenvorsitzender: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

**Leipziger Buchdruckerei.** Wert über 20000 Mark, vollständig skundentfrei. Sucht tüchtigen Seher als Teilhaber. Df. unter Nr. 306 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tüchtiger Korrektor**

zum alsbaldigen Eintritte gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten an die [239]

**Mannheimer Vereinsdruckerei in Mannheim.**

Zum möglichst sofortigen Eintritte wird ein tüchtiger, an exakte Arbeit gewöhnter **Komplettgießer** für Type I in dauernde und lohnende Stellung gesucht. [310]

**Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.**

**Galvanoplastiker**

nüchtern, zuverlässig, tüchtig im Prägen, Stöcken und Nichten und an feineres Arbeiten gewöhnt, möglichst sofort in selbständige Stellung gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. [309] Richard Seyner, Kassel.

**Stellen besetzt!**

Den Herren Bewerbern besten Dank. [311] Vereinsdruckerei für Göttingen u. H. G. m. b. H.

**500 Exemplare**

m. rühml. bek. Methode „Expro“, die neue Ideen für spielend leichte Handschriftverbesserung bzw. Erlangung charaktervoll. äußerst schöner u. gewandter Handschrift enthält, liefert Lesern des „Korr.“ mit nur 60 Pf. (statt 90 Pf.), um sie überall einzuführen. Bestellungen bis 1. August erbeten. [312] Fr. Rumpffell, Lehrmittelverlag, Großberkel 6 (Hannover).



**Auf Teilzahlung Präzisions-Uhren u. Brillantenwerke.**

Brillantenwerke unter Angabe des Gewichts in Karat; bei Herrenuhren unter Angabe des Goldgewichts der Gehäuse. Streng reelle Bezugsquelle. Katalog m. 4000 Abbild. gratis u. franko.

Jonass & Co., G. m. b. H. BERLIN H. 407. Belle-Alliance-Strasse 8.



Die best. Binokel, photographischen Apparate, Reisezeuge, auch Uhren u. Goldwaren liefern gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

**Teilzahlungen**

Jonass & Co., Berlin H. 407. Belle-Alliance-Str. 8. Geogr. 1888. Jahrl. Versand über 25000 Uhren. Hunderttaus. Kunden. Viele tausend A. Vorkauf. Katalog mit über 4000 Abbild. gratis u. franko.

**H. MATHAEUS DESSAU**

Flossergasse 46

Katalog gratis u. fr.

Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen: Dichtung von **Festhymne** kompon. von A. Schwellbert

**Verbandshymne**

mit kleiner Orchester, oder auch Pianofortebegl. Verlag Radloff & Hille, Leipzig.

Am 28. Juni, nachmittags 8 Uhr, verstarb im hiesigen Krankenhaus an der Berufskrankheit der Setzer

**Leon Nowacki**

aus Posen.

Sein stets veredliches Wesen wird uns noch lange in Erinnerung bleiben.

307] Der Ortsverein Beuthen (O.-Schl.).

Am 28. Juni, nachmittags 8 Uhr, verstarb an der Berufskrankheit der Setzer

**Leon Nowacki**

aus Posen.

Friede seiner Asche!

806] Der Bezirk Beuthen (O.-Schl.).

Anhang zum Tarife von Konrad Glöcher. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie G. Radloff, Leipzig, Salomonstraße 3, entgegen.

Die anfertige Firma der **„Korrespondent“-Wappen** offeriert den Kleinsten zum ermäßigten Preise von 1,60 Mk. Bei freier Zusendung. Früherer Preis 3 Mk. Die Wappen sind prächtig gearbeitet, von eleganten Aussehen und eignen sich zum Aufbewahren einiger Nummern des „Korr.“ Daher für Leserräume und Buchdruckereien zu empfehlen. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des „Korr.“ entgegen.

Ein sanfter Tod erlitt am 27. Juni, früh 9 Uhr, unser liebes, braves Mitglied, den Schriftsetzer

**Stanislaus Schyma**

im Alter von 31 Jahren von seinem jahrelangen, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden.

Wir verlieren in dem Verstorbenen ein treues und aufrichtiges Mitglied, das sich durch sein bescheidenes Wesen die Sympathien aller seiner Kollegen erworben hat. Ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahrt ihm

304] Der Ortsverein Rathbor.

Am 27. Juni, vormittags 9 Uhr, verstarb an Kehlkopf- und Lungenleiden der Setzer

**Stanislaus Schyma**

aus Rathbor.

Friede seiner Asche!

308] Der Bezirk Beuthen (O.-Schl.).